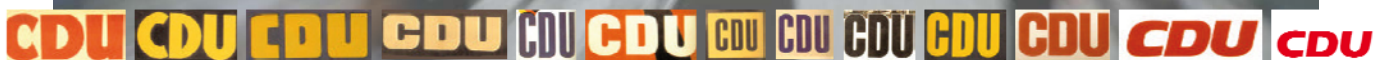


JU

JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN



*"Die Zukunft der CDU als
moderne Volkspartei"*



**Beschluss des Leitantrages zum 45. JU NRW-Tag
am 18. und 19. September 2010 in Wipperfürth**

Inhaltsverzeichnis

Volkspartei CDU: Wer wir sind.	3
1. Neue Strukturen schaffen, vorhandene Strukturen verbessern.	6
2. Jugend stärken.	10
3. Unsere Basis stärken.	13
4. Kompetenzen stärken.	16
5. Unser Profil schärfen.	23
6. Zusammenhalt stärken – ein neues „WIR“-Gefühl.	28
7. Volkspartei bleiben.	30

Volkspartei CDU: Wer wir sind.

Unsere Herkunft

Wir stehen als junge Christdemokraten in einer besonderen Tradition, auf die wir stolz sind. Politisches Engagement in der CDU ist niemals ein Zufall, denn wer in der CDU mitmacht, hat sich sehr bewusst für die Ideen und Werte entschieden, für die unsere CDU und die Junge Union stehen. Das war von Anfang an so: Die Gründungsväter und –mütter der CDU haben aufgrund schrecklicher historischer Erfahrungen von Totalitarismus, Nationalsozialismus und Krieg eine Volkspartei gegründet, die sich immer gegen alle Formen der Unfreiheit wenden soll und zugleich das Wohl des ganzen Landes im Blick hat – sie wollten bewusst keine Klientelpartei. Durch die unantastbare Würde des Menschen erwächst sein Recht auf Freiheit und zugleich eine Verantwortung für den Mitmenschen. Unsere Grundwerte sind daher: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese Traditionen und dieses Fundament dürfen wir niemals aus den Augen verlieren!

Unsere Leistungen

Dieses Fundament hat der CDU geholfen, die richtigen Entscheidungen für unser Land zu treffen – auch wenn diese Entscheidungen nicht überall populär waren oder dem angeblichen Zeitgeist widersprachen: Ohne die CDU und die sie prägenden Persönlichkeiten gäbe es keine Westbindung, kein Wirtschaftswunder und keine Soziale Marktwirtschaft. Hätte die CDU nicht die Geschicke und die Zukunft Deutschlands bestimmt, wäre weder die Europäische Einigung ein solcher Erfolg geworden, noch die Freundschaft mit unseren amerikanischen Partnern so unerschütterlich und die mit unseren französischen Nachbarn gegen alle historischen Wahrscheinlichkeiten so tief verankert. Ohne die CDU wäre der NATO-Doppelbeschluss nicht zustande gekommen, den Bedrohungen durch den kommunistischen Totalitarismus haben wir stets entgegengestanden. Schließlich ist die CDU die Partei der Einheit. An der deutschen Einheit hat die CDU immer festgehalten – während andere daran nicht mehr glauben wollten. Weil wir nie an der Notwendigkeit einer deutschen Wiedervereinigung zweifelten, konnte Helmut Kohl die große historische Möglichkeit

ergreifen und die Einheit unserer Nation vollenden. Das sind alles Gründe, die uns stolz machen, Teil der CDU zu sein. Auch sind es Gründe, die uns darauf vertrauen lassen, dass die CDU weiterhin die richtigen, wegweisenden Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes treffen wird. Was aber sind diese historischen Entscheidungen in unserer heutigen Situation? Dieser historische Auftrag fehlt der CDU heute, wir wollen mit diesem Antrag einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage leisten.

Unsere Vorbilder

Politik lebt nicht nur von Inhalten, sondern auch von der Authentizität der handelnden Personen und vom Stil, den sie prägen. Hier hat die CDU große Persönlichkeiten hervorgebracht, deren Namen mit wegweisenden Leistungen verbunden bleiben: Konrad Adenauer als Vater der Bundesrepublik und der europäischen Annäherung, Ludwig Erhard als Vater der Sozialen Marktwirtschaft und des Wirtschaftswunders, Helmut Kohl als Vater der Einheit Deutschlands und Europas. Karl Arnold und Jakob Kaiser stehen für den christlichen Sozialkonservatismus, der zum Markenkern der CDU gehört. Alfred Müller-Armack hat mit Ludwig Erhard das Konzept der sozialen Marktwirtschaft in Theorie und Praxis geprägt – ein deutsches Erfolgsmodell! Sie sind in ihrem Handeln Vorbilder für uns in der Jungen Union und sollten es auch in der CDU sein. Auch heute muss die Union es schaffen wieder Menschen zu finden, die als Vorbilder für ganze Generationen dienen und sich dem Meinungsaustausch unserer Parteiflügel stellen.

Unsere heutige Situation

Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien und deren Problemlösungskompetenz schwindet seit Jahren und ist derzeit wohl auf einem vorläufigen Tiefpunkt angelangt. Während 1983 laut einer Emnid-Umfrage noch 50% der Deutschen den Parteien das Vertrauen aussprachen, antworteten in einer Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2009 nur noch 20% der Deutschen, dass sie den politischen Parteien „eher vertrauen“. Insbesondere junge Menschen haben sich mittlerweile laut Shell-Jugendstudie 2006 auf erschreckende Weise von der Politik entfremdet. In Deutschland sind 38% der 15- bis 25-jährigen mit der Umsetzung der Demokratie unzufrieden. Parteien genießen bei Jugendlichen das geringste Vertrauen aller gesellschaftlichen Gruppierungen und Institutionen. Selbst

wenn zumindest eine knappe Mehrheit der Jugendlichen davon ausgeht, dass man durch politisches Engagement Einfluss nehmen kann, werden die wenigsten selbst politisch aktiv.

Auch vor der CDU macht diese Entwicklung nicht halt. Immer weniger Menschen bekennen sich durch eine Mitgliedschaft zur Union. Die alten Mitglieder sterben und es kommen zu wenige junge nach – auch wenn die Mitgliederzahlen der Jungen Union derzeit erfreulich stabil sind. Während die CDU bundesweit 1991 noch 751.163 Mitglieder hatte, sind es 2008 nur noch 528.972, ein Verlust von fast 30%. Gleiches gilt für den CDU Landesverband Nordrhein-Westfalen: Lag man 1991 mit 224.939 Mitgliedern noch weit über der 200.000er-Marke, engagieren sich 2008 nur noch 165.506 Menschen in der CDU, ein Minus von 26,4%. Die leicht wachsende Mitgliederzahl der JU NRW zeigt, dass sich junge Menschen durchaus für Politik interessieren. Allerdings gelingt es der CDU nicht, die Mehrheit dieser engagierten Menschen für sich zu begeistern.

Außerdem bildet die Mitgliederstruktur der CDU nicht mehr die Sozial- und Altersstruktur der Bevölkerung ab. Frauen sind mit 25% in der Mitgliedschaft genauso unterrepräsentiert, wie junge Menschen. Mit einem Durchschnittsalter von 56,9 Jahren ist die CDU überaltert. 48% der Mitglieder sind 60 und älter – 1991 waren es noch 29,6%. Nur 5,1% der Mitglieder sind unter 30 Jahre alt – 1991 waren es noch 6,8%. Unter Berücksichtigung des demographischen Wandels wird sich dieser Trend, ohne entsprechende Ideen und Konzepte jüngerer Bevölkerungsschichten zur Mitarbeit zu gewinnen, weiter verschärfen. Die Union hat den Menschen in den vergangenen Jahrzehnten kein attraktives Angebot gemacht, sich zu engagieren.

Neben den angesprochenen Mitgliederverlusten haben sich auch die Wähler in erschreckender Weise von der Union abgewandt. Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2009 hat sich die CDU von ihrem Anspruch Volkspartei zu sein, so weit entfernt wie seit 1949 nicht mehr. Im Vergleich zur ersten gesamtdeutschen Wahl 1990, bei der die CDU noch gut 17 Millionen Deutsche von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugen konnte, hat die CDU 2009 bundesweit nun nur noch gut 11,8 Millionen Zweitstimmen erreichen können. Das ist ein Verlust von gut 5 Millionen Stimmen innerhalb von 18 Jahren. Auch bei der Landtagswahl in

Nordrhein-Westfalen 2010 zeigt sich ein ähnliches Bild: Mit 34,6% erreicht die CDU das schlechteste Landtagswahlergebnis aller Zeiten. In absoluten Zahlen konnten nur 2,68 Millionen Stimmen für die CDU gewonnen werden. Mit Ausnahme der Europawahlen 2004 und 2009 wählten in den letzten 35 Jahren nie weniger Bürger die CDU als 2009. Noch 1983 konnten bei der Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen mit 5,05 Millionen Wählern fast doppelt so viele Menschen von der Union überzeugt werden.

Dies alles ist sicher auch Folge von gesellschaftlichen Entwicklungen, wie Individualisierung, Medienwandel und Globalisierung. Doch die Parteien haben auch eine eigene Verantwortung. Daher muss die Krise der Volkspartei CDU als Chance zum Neuaufbruch begriffen werden!

1. Neue Strukturen schaffen, vorhandene Strukturen verbessern.

1.1 Näher am Bürger

Als Volkspartei muss die CDU den Anspruch haben, die bestehende Lücke zwischen Bürgergesellschaft und Politik wieder zu schließen. Dazu gehört, dass die CDU erster Ansprechpartner und Anwalt für Anliegen sein muss, die der Bürger gegenüber dem Staat und seinen Institutionen hat. Volksentscheide haben gezeigt, dass die CDU nicht ausreichend nah an den Problemen und Empfindungen der Menschen war. Denn eine „Arroganz der Macht“, also die Entfernung von den Problemen der Bürger, darf es nicht geben. Die Union muss näher an den Bürger! Sie muss da sein, wo die Menschen sind. Hierzu muss die CDU auf die neuen gesellschaftlichen Realitäten reagieren. Der vorpolitische Raum ist ein anderer als noch vor 20 Jahren. Neben die klassischen gesellschaftlichen Akteure wie Sportvereine, Kirchen, Schützenvereine und Gewerkschaften sind neue Arten politisch-sozialer Artikulation in Form von sozialen Netzwerken, Bürgerinitiativen und informellen Gruppen getreten, auf die die CDU zugehen muss. Nur wenn sich die CDU stärker als bisher auch als Moderator des politischen Willensbildungsprozesses und nicht nur als ihr Gestalter versteht, wird sie als Volkspartei künftig Mehrheiten für ihre Politik gewinnen können. Dabei darf die CDU nicht in kurzfristigen Opportunismus verfallen. Sie soll stets Diskurs mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren halten, dabei aber ihren Grundwerten treu bleiben. Gleichzeitig müssen möglichst viele Multiplikatoren für eine politische Mitwirkung gewonnen werden.

Denn nur eine Partei, die sich stets neu darum bemüht, bis in alle erreichbaren gesellschaftlichen Gruppen hinein verankert zu sein, wird in Zukunft überleben. Wir brauchen Mandats- und Funktionsträger aus allen gesellschaftlichen Schichten, Alters- und Berufsgruppen sowie beiden Geschlechtern, um viel stärker in der Bürgerschaft verankert zu sein.

1.3 Vor-Ort-Strukturen schärfen und Kampagnenfähigkeit stärken

Die CDU muss wieder die Kommunalpartei in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen werden. Viele Tausend CDU-Mitglieder setzen sich Tag für Tag in den Vertretungen von Städten, Gemeinden und Kreisen, in den Vorständen von Gemeinde-, Stadt- und Kreisverbänden der CDU sowie in den Vereinigungen für das Allgemeinwohl ein. Erst vor Ort wird politisches Handeln greifbarer für die Bürger. Daher gilt es insbesondere die Strukturen unserer Partei vor Ort zu verbessern und sie für eine Mitwirkung von neuen und vorhandenen Mitgliedern sowie auch von Nichtmitgliedern attraktiver zu gestalten. Der Mehrwert der CDU-Mitgliedschaft muss wieder deutlich werden. Die unterste Ebene ist die Tür zur aktiven Parteiarbeit. Ortsverbände sollten deshalb mitgliederoffene Veranstaltungen anbieten.

Noch hat die CDU gute Strukturen auf allen Organisationsebenen. Der Union droht dennoch, in der Zukunft nicht mehr flächendeckend präsent zu sein, und nicht mehr alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Daher gilt es die vorhandenen Strukturen weiterzuentwickeln, um auch künftig kampagnenfähig zu bleiben. Insgesamt müssen die internen Sitzungen auf ein Mindestmaß reduziert werden und mehr Veranstaltungen mit Außenwirkung und Beteiligung interessierter Bürger stattfinden. Außerdem dürfen sämtliche Angebote, ob offen oder intern, in der Woche nicht vor 18 Uhr stattfinden. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird künftig nicht in jedem Ort eine komplette CDU-Struktur aufrechterhalten werden können. Auch in Großstädten muss die Union künftig überall präsent sein. Wir dürfen den urbanen Raum nicht anderen überlassen. Daher ist zu überlegen, ob einzelne Orte bzw. Stadtviertel ohne CDU-Struktur durch Verbände aus benachbarten Orten/Stadtvierteln unterstützt werden können. Gleichzeitig ist es ebenso wichtig keine übermäßigen Parallelstrukturen innerhalb der CDU-Familie aufzubauen. Nicht für jede Gruppe benötigen wir eine eigene Organisation. So ist eher ein Prozess der Konzentration auf

die etablierten soziologischen Gruppen innerhalb der CDU zu forcieren.

1.4 Geschlossenheit vor Ort

Um ein einheitliches Erscheinungsbild der CDU zu gewährleisten und auch bei innerparteilichen Kontroversen Geschlossenheit zu zeigen, muss auf allen Ebenen das Verhältnis zwischen Parteiverbänden und Fraktionen verbessert und die Arbeit enger verzahnt werden. Auch die CDU-Bürgermeister müssen als wichtige Identifikationsfiguren für die CDU stärker in die Partearbeit eingebunden werden. Es darf nicht sein, dass Bürgermeister und Landräte, aber auch Mandatsträger und Abgeordnete aller Ebenen, die ihren Erfolg dem Einsatz der Partei verdanken, sich nach erfolgreicher Wahl von der CDU distanzieren. Eine einerseits parteipolitische und andererseits objektive Arbeit des Bürgermeisters schließen sich dabei nicht aus! Alle handelnden politischen Akteure von der kommunalen bis zur bundesstaatlichen Ebene müssen sich auf die gemeinsamen Ziele und das vorhandene – die Mitglieder einende – Leitbild der CDU konzentrieren. Jeder, der nur an seine eigene Karriere denkt, und ausschließlich die eigenen Interessen verfolgt, stellt sich gegen die gemeinsamen Ziele der Union. Es kann außerdem nicht sein, dass CDU-Politiker sowohl auf lokaler als auch auf Bundesebene weniger miteinander als übereinander in der Presse reden!

1.5 Innerparteiliche Kommunikation verbessern

In Zeiten von Massenkommunikationsmitteln und Informationsflut kommt es auch für die innerparteiliche Kommunikation darauf an, dass Botschaften direkt, individuell und zielgruppenspezifisch vermittelt werden, damit die Empfänger diese überhaupt noch wahrnehmen. Arbeitnehmer erwarten von der CDU andere Informationen als Rentner, Alleinerziehende haben andere Interessen als mittelständische Unternehmer. Das betrifft die Inhalte selbst, aber auch ihre Präsentation. Hierzu sind neben dem traditionellen Brief/Rundschreiben alle Möglichkeiten der modernen Kommunikation zu nutzen: SMS, E-Mail, Newsletter, soziale Netzwerke, das CDU-Mitgliedernetz, Handy-Applications etc. Auch hier gilt: Qualität geht vor Quantität. In diesem Kontext sollte sich jede Kreisgeschäftsstelle der CDU in NRW angesprochen fühlen. Die Kreisgeschäftsstellen müssen hierfür die technischen Voraussetzungen haben. Die Möglichkeiten der ZMD sind anzupassen. Gleichzeitig sollte ein Konzept zur internen Kommunikation Informationen bündeln, um zu

viele Massensendungen zu vermeiden. Dabei sind Fraktionen, Mandatsträger, Gliederungen und Vereinigungen einzubinden.

Um ein einheitliches Erscheinungsbild und einen einheitlichen Informationsstand sicherzustellen müssen Informationen, Positionen und Argumente in der modernen Mediengesellschaft möglichst schnell verfügbar sein. Außerdem gilt es, die neuen Möglichkeiten nicht nur in eine Richtung zu nutzen: Bürger und Mitglieder wollen nicht nur Informationen empfangen, sie suchen den Meinungs austausch und die Beteiligung an der Willensbildung. Daher muss bei allen Kommunikationsmöglichkeiten auch immer die Möglichkeit einer Rückmeldung gegeben werden.

1.6 Frauen ehrlich stärken

Frauen sind leider in unseren Gremien und Fraktionen immer noch unterrepräsentiert. Ziel muss es deshalb weiterhin sein, mehr Frauen für die Arbeit in der CDU und damit auch zwangsläufig für die Übernahme von Ämtern in der Partei zu gewinnen. Das sogenannte Frauenquorum konnte indes zur Erreichung dieses Ziels nur ungenügenden Beitrag leisten. Sie ist sogar mittlerweile als kontraproduktiv und als Schwächung unserer weiblichen Parteimitglieder anzusehen. Diese Regelung stellt Frauen unter Generalverdacht nur zur Erreichung des Quorums in Amt und Mandat gekommen zu sein. Frauen messen und beweisen sich heute in allen Lebensbereichen mit dem männlichen Geschlecht in Ausbildung, Studium und Beruf und sollen auch aufgrund ihrer persönlichen Eignung und nicht aufgrund ihres Geschlechts Verantwortung in der Partei übernehmen, ohne mit dem antiquierten Stempel der „Quotenfrau“ versehen zu werden. Wir fordern daher die Abschaffung des Frauenquorums und der Zwangsmitgliedschaft in der Frauenunion, und werden dies auf dem Deutschlandtag der Jungen Union, dem Landesparteitag der CDU NRW sowie dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands beantragen. Die Förderung von politischen Talenten – ob Frauen, junge Menschen, Migrantinnen etc. – muss eine Selbstverständlichkeit des politischen Alltags auf allen Ebenen werden.

2. Jugend stärken.

2.1 Wer Volkspartei bleiben will, muss Jugendpartei werden

Was ist ein Land ohne eine starke Jugend? Ein Land ohne Zukunft! Genauso verhält es sich im Parteiensystem. Die CDU als Volkspartei ist auf eine starke und engagierte Jugendorganisation wie die Junge Union angewiesen. Schließlich ist die Junge Union von heute die CDU von morgen! Eine gelungene Nachwuchsförderung stellt eine wichtige Säule für die CDU als Volkspartei dar. Überalterung der Partei und weitere Folgen des demografischen Wandels müssen in diesem Zusammenhang angesprochen und analysiert werden. Reflektiert man diese Bereiche nicht genügend, sieht es langfristig düster aus mit dem Status der Volkspartei und Forderungen nach „40+X“!

2.2 Wir brauchen dringend eine Verjüngung der Partei und der Fraktionen

Der demografische Wandel zeigt uns klar und deutlich, dass es in Deutschland zusehends zu einer Überalterung unserer Gesellschaft kommt. Diese Überalterung macht sich auch in der CDU und den Fraktionen auf allen politischen Ebenen bemerkbar. So beträgt beispielsweise das Durchschnittsalter eines CDU-Mitglieds 59,6 Jahre, in der Bundestagsfraktion ist der durchschnittliche CDU-Abgeordnete 50 Jahre alt und das Durchschnittsalter in der neugewählten CDU-Landtagsfraktion in NRW liegt bei 52 Jahren. Ein ebenfalls hoher Altersdurchschnitt ist unter den CDU-Mitgliedern der kommunalen Ebenen festzustellen. Daher müssen Sitzungszeiten jugend- und arbeitnehmergerecht in den Abendstunden gestaltet werden.

Natürlich ist es wichtig, dass in den Parlamenten Männer und Frauen sitzen, die eine gewisse Lebenserfahrung mitbringen. Wir sagen als Junge Union aber, dass gerade die Mischung aus alt und jung die Grundvoraussetzung für gelungene Politik ist! Es kann nur im Interesse der CDU sein, das wieder mehr junge Menschen für die CDU in die Parlamente einziehen. Daher fordern wir eine stärkere Einbindung junger Menschen in die Parteiarbeit und eine Verjüngung der Fraktionen im Bund, im Land und in den Kommunen! Junge Leute müssen sich auch einbinden lassen wollen. Wir appellieren daher dringend an die junge Generation, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Verantwortung für unser Land zu stellen und sich

politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Nur so können wir unserem Ruf nach mehr Partizipation junger Leute auch gerecht werden. Manche junge Menschen haben jedoch nicht die Zeit sich kontinuierlich über ein Amt oder ein Mandat in die Parteiarbeit einzubringen. Sie engagieren sich vielfältig und sind oft durch Beruf und Familie eingespannt. Für sie müssen neue Formen der Mitgestaltung und Mitbestimmung in der Partei angeboten werden, z.B. durch projektorientiertes Arbeiten in Arbeits- oder Fachgruppen. Dabei muss die Biographie junger Menschen beachtet werden. Ein Auslandsaufenthalt oder ein studiumsbedingter Ortswechsel darf nicht dazu führen, dass junge Menschen sogleich die Möglichkeit verlieren in politischen Gremien mitzuarbeiten.

2.3 Mehr JUnge CDU-Mitglieder

Nicht nur bei Mandatsträgern und Vorstandsmitgliedern ist der Nachwuchs unterrepräsentiert, auch an der Basis benötigen wir mehr junge Mitglieder, wenn die CDU langfristig Volkspartei bleiben möchte. Für viele Jugendliche und junge Erwachsene ist der Mitgliedsbeitrag eine hohe Hürde, da diese Zielgruppe mit die wenigsten finanziellen Ressourcen zur Verfügung hat. Deswegen sollen Beitragsermäßigungen für junge Mitglieder, insbesondere für Schüler und Studenten, eingeführt werden. Um zusätzliche Anreize für die Verbände vor Ort zu setzen, soll sich die Bundes- und Landespartei an den Kosten beteiligen. Hierzu soll der JU-Landesvorstand einen satzungsrechtlichen Antrag für den CDU-Landesparteitag vorbereiten.

2.4 Nachwuchsförderung ausbauen

Eine Partei ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie auch an das Morgen und Übermorgen denkt! Von daher ist eine breit angelegte Nachwuchsförderung essentiell wichtig. Deshalb fordern wir, dass bestehende Nachwuchsförderprogramme ausgebaut werden. Zum Beispiel ist die von der JU organisierte Seminarreihe „Fit fürs Mandat“ eine wichtige Hilfe für junge und neue Mandatsträger, um sich mit der Praxis der Kommunalpolitik vor Ort vertraut machen zu können. Gerade für diese jungen, neu gewählten Vertreter der Stadt- und Gemeinderäte sind solche Angebote unersetzlich. Wir fordern, dass das Programm „Fit fürs Mandat“ zu einer „Zukunftsakademie für junge kommunale Mandats- und Funktionsträger“ ausgebaut wird. Dafür sollen die JU, die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) und die Konrad-Adenauer-

Stiftung (KAS) eng zusammenarbeiten. Die Zukunftsakademie der CDU NRW ist weiterzuführen und auszubauen. Dabei soll die JU stärker eingebunden werden.

2.5 Ohne JU keine Nachwuchsförderung

Wenn über die Nachwuchsförderung für die CDU diskutiert wird, muss eines klar sein: Wir, die Junge Union, sind nicht nur der inhaltliche, sondern auch der personelle Zukunftsmotor der Partei. Eine Nachwuchsförderung ohne JU oder an ihr vorbei, kann nicht erfolgreich sein! Wer die JU aus der Parteinachwuchsförderung ausschließen will, möchte am liebsten rückgratslose Karrieristen heranzüchten. Wir aber wollen den eigenständigen, meinungsstarken Nachwuchspolitiker. Das kann nur die Junge Union garantieren. Nur durch die JU werden die wichtigen Forderungen der jungen Menschen in unsere Gesellschaft in der CDU stark und konsequent vertreten. Daher sehen wir die Zersplitterung der Kräfte durch Unter-Vereinigungen kritisch. Wir sollten uns selbst fragen, warum wir diese Untergruppierungen brauchen und ob wir die dort gut gemachte Politik nicht auch direkt in der JU machen können.

2.6 Chancen der Migration für die Volkspartei CDU nutzen

Zu den demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft gehört nicht nur die Überalterung, sondern auch die Migration. Jeder vierte Nordrhein-Westfale hat einen Migrationshintergrund. Diese Menschen binden wir unzureichend ein. Zugleich ist es wichtig, dass die CDU klar und eigenständig formuliert, für was sie steht: eine offene und tolerante Partei zu sein, die christliche Werte als Grundlage für politische Entscheidungen nimmt. Wer sich mit diesen Werten und unserem Land – religionsübergreifend – identifiziert, ist in JU und CDU herzlich willkommen! Somit sind wir offen für jeden, der sich zu unseren Prinzipien bekennt. Denn Volkspartei zu sein bedeutet auch, die berechtigten Anliegen der Menschen aus Einwanderfamilien in unsere inhaltlichen Ziele zu integrieren. Wir laden diese Menschen herzlich ein, bei uns in der CDU mitzumachen und qualifiziert mit uns zu diskutieren.

3. Unsere Basis stärken.

3.1 Meinungsbildung von unten nach oben

Grundlage des politischen Handelns der CDU müssen das Grundsatzprogramm und die Beschlüsse der entsprechenden Gremien, vor allem der Parteitage, sein. Impulse dürfen dabei nicht einseitig gesetzt werden. Nur auf diese Weise hat das einzelne Parteimitglied eine Chance an der Willensbildung teilzuhaben und sich mit der Agenda seiner Partei zu identifizieren. Wir fordern, diese Meinungsbildung von unten nach oben zu stärken und auch in der Praxis Realität sein zu lassen: Nicht die Ansichten führender Repräsentanten und Ministerien, sondern die demokratisch gefällten Beschlüsse der entsprechenden Gremien müssen die politische Agenda der CDU bestimmen. Dabei dürfen auch alte Beschlüsse nicht vernachlässigt werden.

3.2 Repolitisierung der Verbände und ihrer Vorstände

Teilhabe an der Positionierung der Partei setzt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Fragen auf allen Ebenen voraus. So unterschiedlich die politischen Motive und Beweggründe unserer Mitglieder auch sein mögen, so eint sie doch das Interesse an politischen Fragestellungen. Dieses Interesse gilt es wach zu halten und innerparteilich weiter auszubauen. Vorstandssitzungen dürfen sich nicht in dem Zweck erschöpfen, Termine abzustimmen und/ oder verlängerter Arm der kommunalen Fraktionen sein.

Die Tagesordnungen der Sitzungen sollten daher regelmäßig aktuelle oder konzeptionelle Diskussionspunkte aus Bundes-, Landes-, oder Kommunalpolitik enthalten. Dies kann auf Basis von Arbeitsgruppen – auch unter Einbeziehung Dritter – erfolgen, darf in seiner weiteren Behandlung jedoch nicht zu einem lediglichen „Abnicken“ führen. Auch wenn die Bundes- und Landespartei durch Diskussionsanstöße den Verbänden eine Hilfestellung über die Parteitagsanträge hinaus leisten kann, lebt dieser Prozess von unten. Jeder Funktionsträger sollte sich in der Verantwortung sehen, inhaltliche Auseinandersetzungen in seinen Gremien und darüber hinaus einzufordern und anzustoßen.

3.3 Innerparteiliche Diskussionskultur stärken

Die Union muss wieder zu einer diskutierenden Partei werden. Daher müssen die Gremien – insbesondere Parteitage und Mitgliederversammlungen, aber auch die Vorstände – wieder verstärkt für die inhaltliche Diskussion genutzt werden. Dazu gehört auch, dass die inhaltliche Diskussion, etwa von Leitanträgen, auch auf Parteitagen wieder mit mehr Ernsthaftigkeit geführt wird und eine exponierte Stellung in der Tagesordnung erhält. Sie müssen spannende und auch für Nichtmitglieder interessante Veranstaltungen sein. Deshalb sollten Geschäftsordnungsabläufe und Grußworte so wenig Zeit wie nötig in Anspruch nehmen. Ziel muss es sein, Parteitage und Mitgliederversammlungen zu entritualisieren und der inhaltlichen Diskussion breiteren Raum zu verschaffen. Sitzungszeiten von Parteitagen und kommunalen Gremien sind so anzupassen, dass es möglichst vielen besser ermöglicht wird, sich politisch zu engagieren.

Hohes Interesse haben Mitglieder und Nichtmitglieder vor allem an Fragen, die das eigene Lebensumfeld am Wohnort – also die Kommunalpolitik – betreffen: Schulentwicklungsplanung, Kinderbetreuung, Verkehrsprojekte, Bebauungspläne, lokale Wirtschaftsförderung, örtliches Kulturangebot usw. Die Diskussion über Kommunalpolitik muss daher wieder gestärkt werden: Mitglieder müssen die Möglichkeit haben, bei wichtigen kommunalpolitischen Fragen mitzuentcheiden. Politisch Interessierte sollen die Chance haben, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Aber auch für diejenigen Mitglieder, die ein besonderes Interesse an Landes-, Bundes-, Europa- und internationaler Politik haben, müssen Angebote vor Ort oder in den Kreisverbänden geschaffen werden. Außerdem müssen sich JU und CDU dafür einsetzen, dass Rats- bzw. Ausschusssitzungen nicht vor 18 Uhr beginnen, damit auch weiterhin Berufstätige im politischen Prozess teilhaben können.

3.4 Regionalkonferenzen und Mitgliederversammlungen stärken

Regionalkonferenzen, an denen alle Funktionsträger und interessierten Mitglieder teilnehmen können, sollen nicht nur zur Verabschiedung bzw. Verteidigung eines neuen Grundsatzprogramms anberaumt werden, sondern regelmäßig durchgeführt werden. Damit wird sichergestellt, dass die Parteispitze den direkten Draht zu ihren Mitgliedern nicht verliert und diesen auch institutionell eine direkte Meinungsäußerung von unten nach oben gewährt

wird. Um dieses Ziel zu verwirklichen, soll der JU Landesvorstand einen satzungsrechtlichen Antrag für den nächsten CDU-Landesparteitag vorbereiten, der die jährliche Durchführung einer Regionalkonferenz in jedem Bezirksverband im Vorfeld des CDU-Landesparteitags festschreibt.

Das Erscheinungsbild und die Identifikationskraft der Partei hängen im Wesentlichen von zwei Faktoren ab – den Positionen und den Personen. Damit der Basis eine größere Mitsprache gewährt wird, soll in allen Kreisverbänden und Untergliederungen die Mitgliederversammlung flächendeckend eingeführt werden und das Delegiertensystem ablösen. Landesweite Urwahlen in zeitgleichen Mitgliederversammlungen in allen Kreisverbänden wären ein weiterer Schritt. Damit ist eine stärkere Einbeziehung der Basis durch direkte Demokratie nicht nur gelegentlich gewährleistet. Der JU-Landesvorstand soll dazu einen Antrag für den nächsten CDU-Landesparteitag vorbereiten.

3.5 Neue Wege in den Ortsverbänden

Kern unserer Partei sind die Ortsverbände: Hier werden neue Mitglieder geworben und langfristig gebunden. Hier erfahren Spitzenpolitiker, welche Fragen und Sorgen die Basis der Partei bewegen. Ohne diese Ortsverbandskultur verliert eine Partei ihre Wurzeln. Politik muss von unten nach oben bestimmt werden. Deshalb gelten die zuvor gestellten Forderungen auch für unsere kleinste aber dafür umso wichtigere Ebene.

Zur Wahrung ihrer eigenen Bedeutung müssen die Ortsverbände jedoch auch wagen neue Wege zu beschreiten. Die Vorstände müssen raus aus den Hinterzimmern und offen für alle, insbesondere auch Neumitglieder, sein. Auf neue Mitglieder muss aktiv zugegangen werden. Außerdem gilt es, möglichst viele Bürger an unsere Partei heranzuführen und – ggf. auch nur themenspezifisch – mitarbeiten zu lassen. Es muss unser Ziel sein, dass engagierte Bürger keine Bewegungen oder Initiativen mehr gründen müssen, um sich für ein Anliegen vor Ort einzusetzen, sondern dass dies auch in ihrer örtlichen CDU möglich gemacht wird. Dabei müssen wir jedoch vermeiden, dass sich die CDU instrumentalisieren und vor „jeden Karren spannen“ lässt. Wir müssen aber die Anliegen der Bürger wieder ernsthafter prüfen und sie aufgreifen.

3.6 Bessere Hilfestellungen für neue Funktionsträger vor Ort

Da viele Funktionsträger heutzutage sehr unerfahren in „Amt und Würden“ kommen, benötigen wir für die Arbeit vor Ort ein Funktionsträger-Paket, das insbesondere neuen Ortsvorsitzenden rechtliche und organisatorische Hilfestellungen sowie Anregungen für die inhaltliche Arbeit gibt. Um den interessierten Bürgern den Einstieg in Ämter leichter zu machen, sollte man über ein Mentorenprogramm und Seminarprogramm nachdenken. Erfahrene, in der Partei integrierte Mitglieder, egal ob jung oder alt, geben ihre Erfahrungen freiwillig weiter und helfen den Neumitgliedern auf allen Ebenen. Insbesondere vor Ort gilt es die Professionalität der Parteiarbeit und die Kampagnenfähigkeit deutlich zu erhöhen. Die CDU NRW wird aufgefordert ein solches Handbuch zu entwickeln und herauszugeben. Diese sollte auch Leitlinien als Dienstanweisungen an die Kreisgeschäftsführer enthalten, ihre Geschäftsstellen als moderne Dienstleistungszentren zu führen.

3.7 Mehrwert einer Parteimitgliedschaft

Die Mitgliedschaft in einer Partei ist kein Austausch von Leistung und Gegenleistung. Zwar entrichten unsere Mitglieder finanzielle Beiträge – der persönliche Einsatz, den sie darüber hinaus erbringen, ist jedoch oft um ein Vielfaches höher. Dies gilt es auch entsprechend wertzuschätzen. Für ihr Engagement erwarten unsere Mitglieder kein Äquivalent als Gegenleistung. Sie wollen sich aber durch die politische Spitze entsprechend vertreten fühlen und durch ihre Mitgliedschaft daran teilhaben. Gerade in der heutigen Zeit muss die CDU daher den Mehrwert einer Parteimitgliedschaft untermauern und durch eine verstärkte Einbeziehung und Information der Basis fördern.

4. Kompetenzen stärken.

4.1 Die Potentiale unserer Mitglieder nutzen

Die Mitglieder der CDU bringen nicht nur unterschiedliche Lebensentwürfe und Politikansätze mit in die Partei, sondern auch Lebenserfahrung und unterschiedlichste Kompetenzen. Die bisherigen Strukturen machen von diesem Kapital an Kompetenz nur

wenig Gebrauch. Der allgemeine Aufruf zur Mitarbeit verhallt angesichts negativer Erlebnisse in allzu festgefahrenen Verfahrensmustern und Beziehungsnetzwerken. Neben neuen Anläufen für eine verstärkte Kommunikation in den vorpolitischen Raum braucht es neue Ansätze, die Mitglieder stärker in die politische Meinungs- und Willensbildung der Partei einzubeziehen.

4.2 Projektbezogene Mitarbeit stärken

Die Feststellung, dass ehrenamtliches Engagement zunehmend projektbezogen und abnehmend in festen Vereinsstrukturen stattfindet, ist mittlerweile ein Allgemeinplatz und gilt für fast alle Erscheinungsformen bürgerschaftlichen Engagements. Die CDU hat darauf mit ihren Maßnahmen im Rahmen von Wahlkämpfen bisher nur unzureichend eine Antwort gefunden, außerhalb der Wahlkampfzeiten konnten Bemühungen in diese Richtung keine nennenswerte Bekanntheit erlangen und keinen spürbaren Wirkungsgrad erreichen.

Die Bilanz fällt daher ernüchternd aus: Kurzzeitige Kampagnen im Vorfeld von Wahlkämpfen hatten nicht selten lediglich Strohfeuer-Charakter. Das Ausmaß, in dem es gelungen ist, die in diesen Aktionen engagierten Bürgerinnen und Bürger für eine dauerhafte Mitarbeit in der parteiinternen Willensbildung zu gewinnen, fiel deutlich geringer aus als erhofft. Dies liegt auch daran, dass man die gebildeten Netzwerke hat auslaufen und damit die sich darin engagierten Bürger und Mitglieder hat auflaufen lassen. Zur ehrlichen Analyse gehört auch die Feststellung, dass viele Aktionen, die explizit außerhalb der Partei platziert werden sollten, nur durch das Engagement von Mitgliedern der CDU und der Jungen Union aufgefangen und in ihrem Bestand gesichert werden konnten.

Die Steigerung der parteiinternen Kompetenz zur Erkennung von gesellschaftlichen und politischen Problemlagen sowie zur Entwicklung von Lösungsansätzen sollte nicht im Zusammenhang mit Wahlkämpfen stattfinden, da dies falsche Parameter zur Beurteilung von Sinn und Unsinn der entsprechenden Maßnahmen setzt. Ziel aller im Folgenden aufgeführten Ansätze ist nicht die Wahlkampfwerbung, sondern die Sicherung des gesellschaftlichen Beitrags der CDU als Volkspartei. Eine CDU, die ihren Mehrwert glaubhaft vermitteln kann, gewinnt von selbst an Attraktivität und Überzeugungskraft.

4.3 Fachkonferenzen etablieren

Das Mittel der Fachkonferenzen wird von CDU-Verbänden auf den verschiedenen Ebenen immer wieder erfolgreich angewandt. Fachkonferenzen sind Diskussionsforen. Sie dienen zum ersten der politischen Bildung der Teilnehmer, zum zweiten der Meinungsbildung der Parteimitglieder und zum dritten der politisch formulierten Willensbildung der CDU. Um diesen hohen Anspruch zu erfüllen, braucht es verschiedene Voraussetzungen:

- Fachkonferenzen sollen konkrete politische oder gesellschaftliche Probleme thematisieren. Allzu allgemein formulierte programmatische Ansätze dienen genauso wenig, wie Wahlkampflogans als Titel und Programm für einen Fachkongress. Um die Ergebnisoffenheit zu garantieren, sollte von vorformulierten Beschlusspapieren abgesehen werden. Dennoch sollte eine Fachkonferenz darauf angelegt sein, konkrete Handlungsansätze als Ergebnis der Tagung zu entwickeln und zu formulieren.
- Fachkonferenzen wenden sich an alle politisch interessierten Bürger, im Besonderen jedoch an die interessierte Öffentlichkeit des behandelten Themengebiets. Die Teilnehmerzahl ist also weniger Ausschlag gebend als die fachliche Qualifikation der Teilnehmer. Weniger kann hier mehr sein. Dazu braucht es eine gezielte Ansprache der Fachkreise im Vorfeld.
- Fachkonferenzen finden dort statt, wo das thematisierte Problem in besonders ausgeprägter Form zu beobachten ist. Dafür verlassen die Teilnehmer des Fachkongresses das gewohnte Umfeld. Nur vor Ort kann es zu einem nachhaltigen Abgleich zwischen der gesellschaftlichen Realität und politischen Lösungsansätzen kommen.

4.4 Weitsichtige Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Die politischen Stiftungen sind nicht Teil der politischen Parteien. Deshalb ist es wichtig unter einer intensiven Zusammenarbeit nicht die Verschmelzung beider Institutionen zu verstehen, sondern diese als gezielte Ergänzung zu betrachten. Was manche als Strukturproblem für die Intensivierung der Zusammenarbeit im Sinne der politischen Meinungs- und Willensbildung betrachten, schafft anders betrachtet günstige Voraussetzungen für eine gegenseitige

Ergänzung, die im Interesse der Bürger und des Landes, aber auch der CDU liegt.

Die KAS kann im besten Sinne des Wortes eine Denkfabrik für bürgerliche Politikansätze sein, genauso wie es die anderen politischen Stiftungen für Politikansätze des übrigen politischen Spektrums sein können. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wäre es wünschenswert, dass die KAS ihr Profil weiterentwickelt. Für die Formulierung programmatischer Ansätze ist die CDU selbst verantwortlich – die KAS hingegen kann solche Politikansätze mit dem gebührenden wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Abstand realistisch und empirisch bewerten.

Über die KAS kann es der CDU nachhaltiger als bisher gelingen, Anschluss an die gesellschaftliche Entwicklung zu halten und Menschen zu erreichen, die sich von den Angeboten der Parteien selbst nicht angesprochen fühlen. Als konkrete Maßnahmen bieten sich daher an:

Unter dem Stichwort „Politik-Beratung“ erscheint es sinnvoll Expertenkommissionen einzuberufen, die Maßnahmen mit Blick auf den politischen Alltag beurteilen. Sie würden damit der politischen Verantwortungslosigkeit einher fallen und politische Beratungsdienstleistungen ableiten:

- der Demographische Wandel und seine Folgen für Infrastruktur, Sozialsysteme und Innovationsklima;
- das Prinzip der Generationengerechtigkeit und sein Anspruch an Haushaltskonsolidierung, Sozialsysteme und langfristige Umwelt- und Wirtschaftspolitik;
- die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und daraus folgende Implikationen für Integrations-, Familien- und Bildungspolitik sowie andere Felder der Gesellschaftspolitik.

Wir sehen diese Maßnahmen als Ergänzung zur parlamentarischen Beratung und Debatte. Ersetzen können sie diese nicht.

Zum Stichwort „Politische Bildung der CDU-Mitglieder“ empfiehlt sich die verstärkte Nutzung von Bildungsangeboten durch die ehrenamtlich engagierten CDU-Mitglieder auf den verschiedenen Ebenen politischer Mitwirkung. Dabei muss zentrale Zielsetzung sein, den Teilnehmern „den Blick über den Tellerrand“ zu ermöglichen und ihr Interesse dafür zu wecken.

Zum Stichwort „Öffentlichkeit und Diskurs-Kultur“ bietet sich die Organisation von hochkarätigen Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen vor Ort an. Wenn in einer Gemeinde ein spezielles Thema (Bsp.: der Bau einer Moschee) diskutiert wird, empfiehlt es sich, dass CDU wie KAS vor Ort Experten und Interessenvertreter zusammenbringen, um die politische Auseinandersetzung zu bereichern und dadurch Willensbildung zu ermöglichen. Auch das Anbieten eines Expertenpools für bestimmte Themen, welche den Ortsverbänden zur Verfügung gestellt werden, kann unsere kleinste Organisationseinheit stärken.

4.5 Zielorientierter Einsatz neuer Medien

Das Potential der neuen Medien und die mit ihnen verbundenen Möglichkeiten der sozialen Netzwerke wurden von der CDU bereits erkannt. Die bisherigen Ansätze internetgestützter Parteiarbeit sind jedoch ausbaufähig.

Viele Internet-Angebote der CDU sind reine Präsenz-Angebote. Die Zahl der Internetseiten häuft sich ebenso wie die Anzahl von Politiker-Profilen in sämtlichen sozialen Netzwerken. Eine ähnliche Durchschlagskraft wie in den Wahlkämpfen und der Organisation etwa amerikanischer Parteien konnte man bisher nicht erreichen. Dies liegt zum einen sicherlich in der unterschiedlichen politischen Kultur begründet, hat aber zum anderen auch mit der unterschiedlichen Anwendung durch die Parteien zu tun.

Die Stärke der neuen Medien liegt weniger in der Präsenz als vielmehr in der potentiellen Interaktivität. Der Grad des andauernden Dialogs und des damit einhergehenden Austauschs ist bisher relativ gering. Die CDU muss klarstellen, dass sie den Zugewinn an Öffentlichkeit und Transparenz begrüßt und zu ihm beitragen will. Daher sollte sich die CDU darauf

konzentrieren, für bestehende Online-Angebote (youtube, Flickr, Twitter, Facebook, studiVZ/meinVZ, abgeordnetenwatch.de) überzeugende Inhalte zu generieren, statt eigene Plattformen zu schaffen, die nur von einem kleinen Teil der parteinahen Internetnutzer aufgesucht werden.

Folgende Maßnahmen bieten sich für die CDU an, erheben in diesem weiten Betätigungsfeld aber nicht den Anspruch der Vollständigkeit:

- Die CDU braucht ein in sich abgestimmtes Internetkonzept, in das aufkommende Ereignisse, Themendiskurse und Kampagnen adäquat eingebunden werden können. Neben dem Angebot an Kontaktmöglichkeiten müssen auch die eigentlichen Inhalte übersichtlich und transparent gestaltet sein. Ziel muss es sein, dauerhaft Internetseiten als Marken zu prägen, deren laufende Erneuerung es überflüssig macht, für jeden Anlass eine neue Internetseite konzipieren und bewerben zu müssen.
- Bei der Konzipierung neuer Internetangebote muss feststehen, wie konkrete Ergebnisse der zukünftigen Kommunikation aussehen können. Nichts ist schädlicher als Diskussionsforen, deren Mitglieder bald den Eindruck gewinnen, nicht gehört zu werden und für die Herstellung einer „Schein-Transparenz“ gebraucht worden zu sein.
- Amts- und Mandatsträger der CDU müssen mit Blick auf ihre Tätigkeiten im Umgang mit den neuen Medien besser geschult werden. Jeder Mandatsträger repräsentiert auch die CDU als Ganzes. Während die Einrichtung des Profils bei manchen Mandatsträgern die einzige Aktivität auf den entsprechenden Profilsseiten bleibt, überfordern andere Mandatsträger die Netz-Community durch Informationen ohne jede Relevanz. Das Ergebnis ist eine Übersättigung und der Eindruck entsteht, es solle einem etwas „verkauft“ werden. Die Erfahrungen mit sozialen Netzwerken sind mittlerweile so weit gediehen, dass man aus ihnen konkrete Beratungsansätze für die Amts- und Mandatsträger ableiten kann. Zugleich haben unsere Funktions- und Mandatsträger die Verantwortung sich der Wirkung öffentlicher Äußerungen in sozialen Netzwerken bewusst zu sein und der Partei durch ihr Auftreten keinen Schaden zuzufügen.

4.6 Gründung eines CDU-Netzbeirates

Das Internet ist mehr als ein revolutionär modernes Kommunikationsmittel. Es ist ein das private wie öffentliche Leben veränderndes Medium, sich zu informieren und zu recherchieren, sich auszutauschen und Kontakte zu knüpfen, Freizeit zu gestalten und selbst kreativ zu werden, nicht nur für junge Menschen. Internetkompetenz ist daher eine der wichtigsten Kompetenzen für Parteien, um nah bei den Menschen zu sein. Das Ergebnis der Piratenpartei, vorwiegend in der jüngeren Bevölkerung, ist keineswegs so überraschend, wie mancher meint. Die CDU muss sich der Internetthematik nicht nur verstärkt zuwenden – nein, sie muss die Internetpartei werden! Deshalb verlangt die JU, dass die CDU in NRW einen Netzbeirat gründet. Dabei bedeutet Internetkompetenz nicht nur, sich mit dieser Kommunikationsform intensiv auseinanderzusetzen, sondern insbesondere Lösungen zu wichtigen, neuen inhaltlichen Fragen zu finden: z.B. zu Themen des Jugendschutzes, des Verbraucherschutzes, des Urheberrechts und der Internetkriminalität. Im CDU-Netzbeirat sollen neben Fachpolitikern auch Vertreter der JU, Fachleute der KAS und externe Experten vertreten sein. Auch die Senioren Union sollte Vertreter in dieses Gremium entsenden, um das Thema Netzpolitik in dem an wenigsten Internet-affinen Teil der Gesellschaft hineinzutragen. Der CDU-Netzbeirat soll mit dem vor kurzem gegründeten CSU-Netzbeirat eng zusammenarbeiten.

4.7 Neue Themenschwerpunkte: Netzpolitik ernst nehmen

Neben Spiel- oder Bolzplätzen ist heute das Internet ein wichtiger Freizeitfaktor. Das World Wide Web findet immer höheren Anklang – gerade unter Jugendlichen. Für uns als politische Jugendorganisation ist es daher wichtig, dass wir auch stärker das Thema Netzpolitik behandeln. Auch mit Blick auf die Zukunft wird der Bereich Netzpolitik für alle Gesellschaftsbereiche immer wesentlicher. Bei den letzten beiden Wahlen entschieden sich viele Erstwähler ihre Stimme der Piratenpartei zu geben. Hierdurch wird deutlich, dass die CDU als Volkspartei in diesem Bereich stärker arbeiten muss. Wer Volkspartei sein will, muss die Interessen der gesamten Gesellschaft wahrnehmen. Das Internet und die damit verbundene Netzpolitik sind zweifelsohne Teil davon! Daher müssen wir als Junge Union uns weiterhin ausführlich um dieses Thema kümmern und die CDU stärker darauf aufmerksam machen. Deshalb werden wir einen netzpolitischen Arbeitskreis der JU NRW schaffen. Dieser

soll dem CDU-Netzbeirat mit inhaltlichen Positionen zuarbeiten und die JU NRW im operativen Geschäft im Web 2.0 unterstützen. Der Arbeitskreis soll Mitglieder mitsamt ihren Kompetenzen einen und deshalb auch online stattfinden, z.B. durch Konferenzen via Skype. Das bedeutet inhaltlich, dass die CDU bei der Bekämpfung von illegalen Inhalten auf „Löschen statt Sperren“ setzt, aber sich gegen ein Verbot von legalen Inhalten, wie beispielsweise von so genannten Killerspielen, ausspricht. Zugleich müssen wir die Kommunikationsformen des Internets wesentlich professioneller nutzen. Auch unsere CDU-Abgeordneten in Bund und Land müssen sich stärker in diesen Themenfeldern fortbilden.

5. Unser Profil schärfen.

5.1 Die CDU muss ihren Parteinamen ernst nehmen

Die Gründungsväter und -mütter der CDU haben ihrer Partei einen programmatischen Namen gegeben. Die Buchstaben C, D und U bilden zusammen mehr als nur ein Kürzel. Sie stehen für den Geist und das Fundament, aus dem und auf dem wir die Gesellschaftsordnung unseres Vaterlandes gestalten wollen. Jeder Buchstabe ist dabei unersetzlich. Jeder Buchstabe muss gleichermaßen ernst genommen werden. Jeder Buchstabe repräsentiert einen Markenkern und eine Wurzel unserer Partei. Diese Wurzeln dürfen dabei niemals isoliert gesehen werden. Nur wenn jeder Buchstabe im Parteinamen CDU in der politischen Praxis verwirklicht wird, ist Erfolg als Volkspartei möglich: Nicht allein um Mehrheitsfähigkeit herzustellen, ohne die jeder politischer Gestaltungswille frommer Wunsch bliebe, sondern der Wahrheiten, deren wir uns verpflichtet fühlen und die unser Parteiname CDU verkörpert. Unseren Werten treu zu bleiben ist wichtiger als jeder Wahlsieg. Gerade in einer pluralistischen Welt braucht es feste Prinzipien, eine gemeinsame Leitkultur!

5.2 Ohne das C keine CDU

Das C im Parteinamen CDU steht für das christliche Menschenbild, auf dem sich alle unsere Überzeugungen gründen. Wir haben eine christlich wertegebundene, prinzipientreue Orientierung, einen Leitfaden für alle unsere politischen Entscheidungen. Dieses Wertefundament ist für uns nicht verhandelbar! Wir müssen als Christdemokraten eine klare,

unzweifelhafte Haltung zeigen. Mit dem C bezeugen wir zugleich unseren tiefen Respekt vor Glaube, Tradition und kirchlichen Institutionen. Wir wollen den säkularisierten Staat, keinen laizistischen. Das C verpflichtet uns zu sozialer Verantwortung und zur Achtung vor der Schöpfung. Unsere wichtigste Inspiration ist hierbei die christliche Soziallehre. Deshalb ist der Gottesbezug im Grundgesetz für uns mehr als ein symbolischer Satz: Er zeigt, dass jedes politische Handeln sich letztlich vor Gott zu verantworten hat. Das ist auch der Grund, warum wir uns dafür einsetzen, dass das christliche Symbol des Kreuzes weiterhin im öffentlichen Raum präsent sein muss. Mit dem C im Parteinamen sagen wir deutlich, dass Atheismus, Relativismus und Materialismus des angeblichen Zeitgeistes für uns nicht die Leitlinien unseres politischen Handelns sind. Jeder Mensch ist für uns immer wesentlich mehr als die Summe seiner biologischen Eigenschaften und seiner ökonomischen Funktion.

5.3 Ohne das D keine CDU

Das D steht für die demokratisch-freiheitliche und rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung. Freiheit ist der Baustein unserer Gesellschaft! Diese Freiheit garantiert nicht nur unumstößliche Rechte jedes Menschen, sondern nimmt jeden von uns auch in die Pflicht: Wir sind zu Verantwortung und Eigenverantwortung aufgerufen. Wir haben somit nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten: der Gemeinschaft gegenüber, und auch die Pflicht, Verantwortung für uns selbst zu übernehmen. Kluge Politik fördert dies durch Anreize: Wir stehen für einen Staat, der Leistung belohnt und Schwache schützt! Kreativität, Unternehmensgeist und die Bereitschaft neue Wege zu gehen wollen wir fördern – besonders im Mittelstand. Wir brauchen und wollen keinen Zentralstaat, der alles plant und kontrolliert: Subsidiarität und Föderalismus sind für uns wesentliche Bedingungen, die eine freiheitliche und funktionierende Gesellschaftsordnung garantieren. Hier prägt uns der Ordoliberalismus und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft – ein deutsches Erfolgsmodell! Mit dem D im Parteinamen wenden wir uns gegen die Idee des Versorgungsstaates, der den Menschen nichts zutraut, gegen staatliche Bevormundung und gegen Kollektivismus und linke Gleichmacherei, wie es der SPD sowie Teilen der Grünen und in extremistischer Weise der antidemokratischen SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ vorschwebt.

5.4 Ohne das U keine CDU

Das U im Parteinamen CDU verkörpert den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und Konfession. Von Anfang an stand es zugleich für unser Festhalten an der Einheit unseres Vaterlandes: Diesen historischen Auftrag haben wir erfüllt! An der europäischen Einigung wirken wir weiterhin mit. Neben der staatlichen und europäischen Einheit war für die CDU immer auch die innere Zusammengehörigkeit unserer Gesellschaft Auftrag unseres politischen Handelns. Wir wissen: Wir haben Verantwortung füreinander! Freiheit ohne Solidarität führt in die Ellbogengesellschaft. Solidarität ist der Kitt unserer Gesellschaft! Der soziale Friede ist ein hohes Gut. Deshalb muss Politik immer sozial verantwortlich handeln: Unsere Idee vom Staat ist der Sozialstaat. Kluge Sozial- und Wirtschaftspolitik verliert die allgemeine Wohlfahrt nie aus dem Auge. Die Bürger müssen wieder wissen: Die CDU steht für einen Staat, der belohnt, wenn ich Leistung zeige, und der hilft, wenn ich Hilfe brauche. Mit dem U im Parteinamen wenden wir uns gegen einen radikalen Individualismus und Egoismus, gegen eine Politik, die reine Klientelpolitik ist und nicht das Ganze im Blick hat. Dadurch grenzen wir uns auch deutlich von der FDP ab. Denn ihren Laisser-faire-Liberalismus lehnen wir ab, genauso wie ihre Idee vom mitleidslosen Minimalstaat, der sich für die Schwachen der Gesellschaft nicht verantwortlich fühlt.

5.5 Dreiklang erhalten

Konservatismus, Soziale Marktwirtschaft und die christliche Soziallehre sind die tragenden Säulen der Partei und Identifikationsmerkmale für Mitglieder und Wähler. Ein Wegbrechen dieser Säulen muss verhindert werden. In den letzten Jahren hat es eine besorgniserregende Entwicklung in der CDU gegeben. Das fehlende konservative Profil der Partei und der Parteiführung vergrault zunehmend Wähler und Mitglieder, welche sich besonders aufgrund des Konservatismus der CDU verbunden fühlen. Die JU NRW fordert daher Ihren zwingenden Erhalt und eine Stärkung dieser Stützen unserer Partei, denn nur mit starken Säulen können auch schwere Entscheidungen getroffen und getragen werden.

5.6 Die Parteiflügel wieder als Denkfabriken nutzen

Die Parteiflügel waren einmal Denkfabriken für die CDU, nicht nur personelle Netzwerke. Das ist eine Chance, die wir wieder nutzen müssen. Unsere Programmatik beruht auf Konzepten,

die immer noch hochaktuell sind: der katholischen Soziallehre wie der evangelischen Sozialethik, der Sozialen Marktwirtschaft, dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule und der Idee des aufgeklärten Wertekonservatismus. Jedes Konzept ist jedoch nur so lange von lebendiger und gestalterischer Kraft, wie es unter den veränderten Bedingungen der Gegenwart neu durchdacht wird. Dazu brauchen wir die Parteiflügel. Sie müssen wieder kreative Denkfabriken werden. Dabei muss klar sein: Über die tagesaktuelle Programmatik hinaus zu denken, muss nicht nur erlaubt, sondern gewünscht sein!

5.7 Unsere Politiker müssen authentisch sein

Jedes theoretische Modell ist nur so gut wie seine praktische Umsetzung und wie die, die dafür in der politischen Praxis stehen: Denn wer Wähler für seine Inhalte begeistern will, muss selbst überzeugt und überzeugend sein. Authentisch ist nur, wer weiß, wofür er steht, wer sagt, was er denkt, und wer tut, was er sagt. Politik gilt als die Kunst des Machbaren – aber wer in seinen Zielen beliebig und unberechenbar ist, verliert Vertrauen; er wird austauschbar und damit verzichtbar. Wir brauchen Repräsentanten, die durch ihre Biografie und ihre inhaltliche Fundierung Standpunkte verkörpern und glaubhaft vorleben. Dazu genügt es nicht, die Werte unserer Volkspartei auf einem Transparent vor sich herzutragen. Vielmehr muss in allen Flügeln der Union deutlich werden, dass die Vertreter der Arbeitnehmer, der Wirtschaft und des Mittelstandes, der Konfessionen, der Frauen, der Jungen und der Senioren, sowie der Studenten fest auf einem gemeinsamen Fundament stehen, welches Ausgangspunkt jeder Argumentation und jedes politischen Handelns ist.

5.8 Mehr Mut

Die CDU muss ihre Glaubwürdigkeit durch Durchsetzung ihrer Konzepte, auch denen aus Oppositionszeiten, stärken. Die CDU zeigt in der Regierungsverantwortung keinen Mut zu wichtigen Beschlüssen, so wurden die Leipziger Beschlüsse zu Gesundheits- und Steuerpolitik nie umgesetzt. In der Vergangenheit waren es jedoch insbesondere die zur jeweiligen Zeit hochumstrittenen, mutigen Entscheidungen wie z.B. die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Westbindung oder die Wiederbewaffnung, die das Fundament für den Erfolg der neu gegründeten Bundesrepublik und der CDU begründet haben. Die JU fordert daher die CDU auf, mehr Konsequenz in der Politikgestaltung zu zeigen und nicht aus Angst

vor heftigen Debatten innerhalb der Partei oder Kritik von außen vor der Lösung dringender Probleme zurückzuschrecken.“

5.9 Nachhaltigkeit als historische Aufgabe der CDU

Der Zusammenhalt in unserer CDU wurde immer auch durch historische Aufträge und Projekte gestärkt, denen sich jeder Christdemokrat zuallererst verpflichtet fühlte – ganz gleich welchem Parteiflügel, welcher Vereinigung, welcher Interessensgruppe oder welchem Regionalverband er angehörte. Diese historischen Aufträge waren: deutsche und europäische Einigung, Westbindung, Wirtschaftswunder und Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft – um nur die wichtigsten zu nennen. Außerordentlich erfolgreich haben wir alle diese Projekte mit Leben erfüllt.

Wir glauben: Die inhaltliche Ziellosigkeit und das Gefühl fehlender Zusammengehörigkeit in der CDU hat viel damit zu tun, dass wir nicht mehr wissen, was dieser Auftrag für uns heute ist. Wir brauchen wieder die integrative Kraft eines historischen Projektes!

Die Junge Union setzt sich schon lange für ein Thema und eine Idee ein, ohne deren Verwirklichung wir unsere Zukunft nicht gestalten können: die Nachhaltigkeit aller politischen Entscheidungen. Die Idee einer Politik der Nachhaltigkeit ist gleichermaßen von ökonomischer wie ökologischer Brisanz. Ohne nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik missachten wir unsere Verantwortung für die Schöpfung. Ein breit gefächertes Energiemix – von regenerativen Energien bis zur Kernenergie – ist daher von essentieller Bedeutung. Ohne nachhaltige Finanzpolitik wird den künftigen Generationen jene materielle Basis entzogen, ohne die es ihnen unmöglich ist, dass sie selbst ihr Leben frei gestalten können. Als einen konkreten Schritt fordern wir die Schuldenbremse in der Landesverfassung!

Nachhaltigkeit ist eine neue, wesentliche Dimension von gerechter Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir müssen für unser politisches Handeln unseren Gerechtigkeitsbegriff erweitern. Gerechte Politik bedeutet eben nicht nur, allen Schichten und Gruppen der gegenwärtigen Gesellschaft gerecht werden zu wollen, wenn Güter und Lasten verteilt werden. Sondern Nachhaltigkeit bedeutet immer auch: An die zukünftigen Generationen

denken! Nicht auf ihre Kosten leben! Dabei dürfen niemals die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Denn auch zukünftige Generationen dürfen nicht auf Kosten von denen leben, die jetzt auf Solidarität angewiesen sind. Denn Solidarität muss für alle gelten – in der Gegenwart und in der Zukunft!

Alle historischen Projekte der CDU waren von Nachhaltigkeit geprägt. Nur durch nachhaltiges Handeln werden wir auch in Zukunft historische Meilensteine setzen können. Wir fordern: Jede politische Entscheidung, die heute getroffen wird, muss dahingehend überprüft werden, ob sie der Idee der Nachhaltigkeit entspricht.

6. Zusammenhalt stärken – ein neues „WIR“-Gefühl.

6.1 „Familie CDU“

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die CDU immer als seine „Familie“ bezeichnet. Dies war nie als genaue Zustandsbeschreibung gemeint, sondern als Lebensgefühl innerhalb der Christlich-Demokratischen Union: ein Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenhalts für jeden, der Mitglied dieser CDU ist! Ohne dieses Gefühl und dessen Bestätigung in unmittelbarem Handeln innerhalb und als Partei, wird die Initiative jedes Einzelnen immer weiter zurückgehen. Die CDU muss alles dafür tun, dass dieses „WIR“-Gefühl nicht bloß zu Wahlkampfprüchen degradiert und von der Physikerin an der Macht genutzt wird. Überzeugung und Initiative können nur entstehen, wenn ein gemeinsamer Wertekonsens vorhanden ist, auf dessen Basis die politischen Richtungsentscheidungen der CDU gefällt werden. Nur so erscheint die CDU ihren Mitgliedern und damit in der Gesellschaft glaubwürdig und vor allem unterscheidbar zu den politischen Konkurrenten.

6.2 Mehr klare Standpunkte – auch gegen den angeblichen Zeitgeist

Nur klare Standpunkte und deutlicher Gestaltungswille auf diesem christlich-demokratischen Wertefundament führen letztendlich zu Identifikation und Motivation der Mitglieder, sich auch in komplizierten und schwierigen Situationen und Gegebenheiten für „ihre“ CDU einzusetzen. Dem CDU-Mitglied muss in dieser Phase deutlich sein, wofür die CDU steht und

wofür der persönliche Einsatz nützt und notwendig ist. Nur so kann ein Gefühl der politischen Heimat und Gemeinschaft entstehen! Nur so entsteht wirkliche Geschlossenheit, die über den individuellen Selbstzweck hinausgeht! Für die CDU ist diese emotionale Bindung mit den Mitgliedern und Sympathisanten ein unabdingbarer Faktor zur Akzeptanz und damit zu Wahlerfolgen. CDU-Politik wurde bisher nicht vom Zeitgeist getrieben und dies soll auch in Zukunft so bleiben. Es geht um wertebundene Politik und nicht um Umfragen, es geht um Überzeugungen und darum, für diese zu streiten und nicht den Ergebnissen der Meinungsforscher hinterherzurrennen.

6.3 Das „gemeinsame Menschenbild“ als Schlüssel der Volkspartei

Als Volkspartei hat die CDU immer ihre Stärke aus den Grundüberzeugungen der konservativen, christlich-sozialen und liberalen Wurzeln gezogen. Die CDU darf keine reine Interessengemeinschaft oder pure Klientelpartei für einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich sein. Die innere Verbundenheit und das gemeinsame Suchen nach Lösungen unterscheiden uns maßgeblich von den politischen Konkurrenten. Es stärkt unseren Charakter als Volkspartei und erhöht unsere Bindekraft in der Gesellschaft. Gemeinsam kämpfen wir für eine christlich-demokratische Politik! Dieses „gemeinsame Menschenbild“ in unserer Partei ist die Basis für ein Gemeinschaftsgefühl, das über kurzzeitige Störungen hinaus bestehen bleibt und ständig in aktueller Politik bestätigt werden muss.

6.4 Mitgliederbefragung zum Zustand der Partei und Zukunftswünschen der Mitglieder

Nur durch eine wirkliche Befragung aller Mitglieder zu bestimmten Themenfeldern wie Organisationsgrad der Untergliederungen, inhaltlicher Ausrichtung und Veränderungswünschen etc. kann die CDU sich auch als eine Partei organisieren und eine Politik betreiben, die auf die Zukunft ausgerichtet ist. Die Junge Union NRW hat dies mit großem Erfolg bei ihren Mitgliedern durchgeführt, und wird dies in naher Zukunft wiederholen. Der Landesvorstand der JU wird beauftragt, dies im CDU-Landesvorstand anzuregen.

6. Stärkung der Vereinigungen

Mit den Vereinigungen hat die CDU die breiteste Verankerung in den gesellschaftlichen

Gruppen und Strömungen. Sie tragen maßgeblich mit ihren verschiedenen Ansätzen zur Beantwortung der Zukunftsfragen einer modernen Volkspartei bei. Dieses große Potential gilt es besser zu nutzen und auszubauen!

7. Volkspartei bleiben.

Meinungs- und Parteienforscher verkünden landauf, landab das Ende der Idee „Volkspartei“: In einer Gesellschaft, die sich zunehmend in unterschiedliche Milieus aufsplittert, in der sich die Menschen immer stärker nur an individualistischen Lebenskonzepten orientieren, verliert die klassische Volkspartei an Attraktivität.

Wir haben mit diesem Antrag wichtige Anstöße gegeben und Ideen geliefert, wie die CDU dieser Falle entkommen kann. Denn wir sind fest davon überzeugt: Die Idee „Volkspartei“ ist keine altmodische und unzeitgemäße Idee. Denn hier steht zu viel auf dem Spiel! Unsere Gesellschaft darf auf die integrative Kraft einer Volkspartei nicht verzichten. Deshalb müssen wir Volkspartei bleiben! Das ist nicht nur die Verantwortung, die die CDU hat, sondern auch eine Chance, die sich ihr bietet – gerade wenn andere Parteien dieses Ideal aufgegeben haben! Die Christlich Demokratische Union Deutschland muss besonders als Regierungspartei klaren Kurs fahren und das eigene Grundsatzprogramm als Leitfaden der Tagespolitik begreifen. Es geht immer um mehr, als um reine technokratische Mehrheitsarithmetik. Es geht um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Landes!